



NABU.de Themen Siedlungsentwicklung, Bauen Praxis Kooperation/Kommunikation

Bündnis zum Flächensparen

Ein kooperativer Ansatz zur Reduzierung des Flächenverbrauchs



Politische Bündnisse bieten die Möglichkeit, die am Flächenverbrauch beteiligten Akteure an einen Tisch zu bringen, um Maßnahmen und Strategien zu dessen Reduzierung abzustimmen. Hierdurch können die Aktivitäten zum Flächensparen besser koordiniert und auf eine breite Basis gestellt werden. Für den Flächenverbrauch wie für das Flächensparen sind viele Akteure verantwortlich: Die Gemeinden in Ausübung der Planungshoheit; Bund und Länder als Gesetzgeber und als Verteiler staatlicher Mittel; private wie öffentliche Investoren und Bauherren; Wirtschaftsunternehmen, Verbände u.a.m.

Eine kürzlich erschienene Studie des Bund Naturschutz in Bayern belegt am Beispiel der Gewerbeflächenausweisung eindrücklich die enorme Herausforderung, vor der die genannten Beteiligten stehen. Weil die Aufgabe so komplex ist, werden neuerdings ausgetretene Pfade verlassen. Statt isoliert, unkoordiniert und nur punktuell vorzugehen, werden politische Bündnisse geschlossen und Flächensparziele, -strategien und -maßnahmen im Konsens erarbeitet. Auf Ebene der Länder gibt es derartige Bündnisse bislang in Bayern und Baden-Württemberg, die hier kurz vorgestellt werden sollen. Weitere Länder planen die Einrichtung solcher Foren.

Bündnis zum Flächensparen in Bayern

Auf Initiative des Bayerischen Städtetags wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern am 29. Juli 2003 das "Bündnis zum Flächensparen" ins Leben gerufen. Bündnispartner der Bayerischen Staatsregierung sind neben den kommunalen Spitzenverbänden Institutionen aus Forschung, Bildung, Kirchen sowie Planer-, Umwelt- und weitere Interessens- und Berufsverbände. Die Bündnispartner verpflichten sich auf allen Ebenen, die Bemühungen für eine flächensparende Nutzung und die möglichst geringe Versiegelung der Böden zu unterstützen und in ihrem Einflussbereich das Bewusstsein für den Bodenschutz zu fördern.



Zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme wird in der Fachwelt eine breite Palette von Maßnahmen diskutiert. Das "Bündnis zum Flächensparen" hat deshalb in drei Arbeitsgruppen verschiedene Themenschwerpunkte und Umsetzungsmöglichkeiten erörtert:

Gesetzgebung und finanzielle Anreize

Unterstützung der Kommunen und Bereitstellung geeigneter Datengrundlagen

Bewusstseinsstärkung

Ziel war es, sich von vornherein auf im Konsens umsetzbare Maßnahmen zu konzentrieren, was von allen Beteiligten ein hohes Maß an Bereitschaft erforderte, sich mit den Positionen der Bündnispartner intensiv auseinander zu setzen. Dieser nicht immer leichte Prozess verbesserte letztendlich das gegenseitige Verständnis und ermöglichte die Erstellung eines konkreten Aktionsprogramms.

Das Aktionsprogramm 2005 des "Bündnis zum Flächensparen" beinhaltet 39 Maßnahmen mit rund 80 konkreten Einzelaktivitäten, darunter zum Beispiel verschiedene Modellprojekte und Studien, eine Überprüfung der Förderprogramme des Landes, die Unterstützung der Kommunen beim Recycling kontaminierter Flächen, ein Flächenmanagement mit Unterstützung der kommunalen Agenda 21, die Einführung eines landesweiten Monitoringsystems, die Erstellung einer Best-Practice-Datensammlung im Internet und verschiedene Maßnahmen zur Bewusstseinsstärkung, Aus-, Fort- und Weiterbildung. 12 weitere Maßnahmen, darunter das Modellprojekt "Kommunales Flächenressourcen-Management" und die Durchführung von Regionalkonferenzen wurden bereits abgeschlossen. Die Aufnahme weiterer ergänzender Maßnahmen wird derzeit diskutiert und noch in diesem Jahr verabschiedet.

Aktionsbündnis Flächen gewinnen in Baden-Württemberg

Am 19. Oktober 2004 gründeten führende Vertreter aus Politik, von Verbänden und Organisationen das Aktionsbündnis "Flächen gewinnen in Baden-Württemberg". In einer Erklärung sind Ziele für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Siedlungspolitik zusammengefasst. Die 13 Bündnispartner, darunter auch Vertreter der Wirtschaft, sehen als wichtige Handlungsfelder die Aktivierung brachliegender, bislang ungenutzter oder untergenutzter Bauflächen, die Nutzungsintensivierung, ein aktives Flächenmanagement, die interkommunale und regionale Zusammenarbeit sowie die Entwicklung innovativer Nutzungskonzepte und -formen und die Prägung eines Bewusstseinswandels.

Im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne werden derzeit regionale Konferenzen für kommunale Mandatsträger durchgeführt. Eine Broschüre mit Handlungs- und Umsetzungsbeispielen wurde erstellt.

Baden-Württemberg verfolgt schon seit längerem das Ziel einer nachhaltigen Flächennutzung. Der Umweltplan, der im Jahr 2000 vom Kabinett beschlossen wurde, enthält nicht nur Ziele, sondern auch konkrete Maßnahmen. Kernsatz: "Das Land strebt zur langfristigen Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten an, die Inanspruchnahme bislang un bebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke (derzeit 4.000 ha/Jahr) bis 2010 deutlich zurückzuführen." In dem rechtlich verbindlichen Landesentwicklungsplan 2002 sind dem

Umweltplan entsprechende Ziele und Instrumente zur Begrenzung der Flächeninanspruchnahme verankert. In den Regionalplänen können nunmehr als Ziel Bodenvorranggebiete und als Grundsatz Bodenvorbehaltsgebiete markiert werden.

Neben dem abgeschlossenen Modellprojekt "Kommunales Flächenmanagement" des Umweltministeriums hat das Landwirtschaftsministerium mit dem Projekt MELAP (Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials) ein modellhaftes Programm zur Ermittlung und Aktivierung innerörtlicher Baulandpotenziale gestartet. Das neue Landes-Bodenschutz und Altlastengesetz vom 14. Dezember 2004 sieht für die Kommunen, Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften eine Vorbildfunktion für den haushälterischen Umgang mit dem Boden vor sowie besondere Prüfungspflichten bei der Inanspruchnahme nicht baulich vorge nutzter Flächen. Zwei Kabinettsentscheidungen 2004 unterstreichen den Willen der Landesregierung zu einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und formulieren eine ressortübergreifende Strategie. Die Mittel des Landes im Rahmen der Städtebauförderung, des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum, der Wohnraumförderprogramme und der Altlastensanierung sollen laut Regierungserklärung vom April 2005 zugunsten der Innenentwicklung gebündelt und vorrangig dort eingesetzt werden.



Thüringen

In Thüringen bestehen konkrete Vorüberlegungen zur Gründung eines Bündnis zum Flächensparen. Bisher hat die Landesregierung erste Gespräche mit dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen und dem Thüringischen Landkreistag geführt. Die Gespräche haben gezeigt, dass man bei den kommunalen Spitzenverbänden aufgeschlossen für dieses Thema ist. Ziel ist es, ein Bündnis mit den verantwortlichen und betroffenen Akteuren (Landräte, Bürgermeister, Investoren und Eigentümer) zu schmieden.

Fazit

Bündnisse oder Partnerschaften von am Thema "Flächeninanspruchnahme" beteiligten Akteuren können ein kreatives Milieu schaffen, wenn alle Beteiligten über den fachlichen Tellerrand hinausschauen, ihre fachlichen Kompetenzen bündeln und offen für neue, innovative Lösungen sind. Es gilt gewachsene Strukturen aufzubrechen und Entscheidungsträger zu überzeugen. Die bisher auf Landesebene angesiedelten Bündnisse könnten künftig auch Vorbild für Bündnisse auf regionaler und kommunaler Ebene sein. Die Rahmenbedingungen für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme unterscheiden sich von Region zu Region und von Kommune zu Kommune. Es ist deshalb notwendig, auf der Entscheidungsebene ein individuelles fachübergreifendes Konzept für eine flächensparende Siedlungsentwicklung zu erstellen. Die Einbeziehung der Bürger im Rahmen der Agenda 21 ist dabei ein Weg, auch die Bevölkerung für die Umsetzung zu gewinnen und so zur Aktivierung innerörtlicher Baulandpotenziale beizutragen.

Die Umweltverbände und viele andere Beteiligte erwarten zu Recht, dass den gemeinsam erarbeiteten Zielen auch dauerhaft breitenwirksame Taten folgen. Ein Controlling der Umsetzung beschlossener Vereinbarungen und Maßnahmen ist daher in jedem Fall unabdingbar. Für Maßnahmenvorschläge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln und daher sehr kontrovers diskutiert werden, können auch Bündnisse nicht immer eine für alle Seiten befriedigende Lösung finden. Dies gilt ebenso für Maßnahmen, für deren Umsetzung die am Bündnis beteiligten Akteure von Gesetzes wegen nicht (allein) zuständig sind. Letzteres verweist auf die Notwendigkeit eines unter aktiver Mitwirkung der Länder zu erarbeitenden, bundesweiten Aktionsprogramms. Ausgehend von den Vorschlägen der Bundesregierung, siehe hierzu u.a. den Fortschrittsbericht 2004 zur Nachhaltigkeitsstrategie, müsste ein solches Programm notwendigerweise und zuständigkeitshalber den Schwerpunkt auf die bau- und planungsrechtlichen und eine Reihe ökonomischer (finanzpolitischer) Steuerungsinstrumente zum Flächensparen legen.

Bündnisse sind daher nicht das Allheilmittel zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Sie können jedoch die Abstimmung des Vorgehens zwischen verschiedenen beteiligten Gruppierungen sowie zwischen der staatlichen Seite und Verbänden, Organisationen und Interessengruppen besser koordinieren. Das gegenseitige Verständnis für die jeweilige Position wird verbessert und das Finden einvernehmlicher Lösungen erleichtert. Schließlich gewinnen Bündnisse hohe politische und publizistische Aufmerksamkeit und tragen somit wesentlich zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit bei.

Experten:

Claus Hensold, Bayerisches Landesamt für Umwelt, claus.hensold@lfu.bayern.de

Stefan Gloger, Umweltministerium Baden-Württemberg, stefan.gloger@um.bwl.de

Ulrich Kriese, Siedlungspolitischer Sprecher des NABU, ulrich.kriese@nabu.de

Mehr zum Thema

Links und Literatur

Informationen zum Flächensparen des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz:

www.boden.bayern.de

Gemeinsame Erklärung des "Bündnis zum Flächensparen" in Bayern: www.stmugv.bayern.de/de/boden/flaech/bd_gem.pdf

Aktionsprogramm 2005 des "Bündnis zum Flächensparen" in Bayern: www.stmugv.bayern.de/de/boden/flaech/aktionprogr05.pdf

Partner des "Bündnis zum Flächensparen" in Bayern: www.stmugv.bayern.de/de/boden/flaech/bd_partn.pdf

Statements der Partner des "Bündnis zum Flächensparen" in Bayern: www.stmugv.bayern.de/de/boden/flaech/bd_state.pdf

Informationen zum Flächensparen des Baden-Württembergischen Umweltministeriums: www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/1562/

Broschüre "Flächen gewinnen in Baden-Württemberg":
www.xfaweb.baden-wuerttemberg.de/bofaweb/print/uvm01.pdf

Erklärung des Aktionsbündnis "Flächen gewinnen in Baden-Württemberg": www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/8375/

Eckpunkte des Aktionsbündnis "Flächen gewinnen in Baden-Württemberg": www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/8374/

Informationen zum Flächensparen des Thüringischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Umwelt: www.thueringen.de/de/tmlnu/themen/flaechenhaushalt/index.html

Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch, Reihe "Bund Naturschutz Forschung", Bd. 9, 2004, hrsg. vom Bund Naturschutz in Bayern (mit Beispielen aus Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen),
www.bund-naturschutz.de/projekte/flaechenaktion/
